

## 24. Thema Einkommen: Was gibt es für Pläne, den West/Ost Unterschied auszugleichen?

West/Ost-Unterschied verstehe ich hier, als das wirtschaftliche Gefälle der Entwicklung zwischen den westlichen EU-Staaten und den östlichen Mitgliedern, z. T. gilt das ja auch zwischen Nord und Süd.

Dieser wirtschaftliche Unterschied ist historisch und politisch bedingt, weil sich gewisse (Volks-) Wirtschaften nicht so entwickeln konnten, wie andere; auch natürliche Ressourcen sowie Verkehrslagen spielten da eine Rolle.

Die Antwort der EU darauf ist die sog. Kohäsionspolitik, die Politik des „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“, die es seit den späten 1980iger Jahren in der EG und jetzt in der EU gibt: Sie besteht darin, dass die wirtschaftlich schwächeren Länder – und das wird auf Regionen, wie Kärnten und noch kleiner heruntergebrochen, weil es auch in reichen Staaten arme Regionen gibt – deutlich mehr aus den sog. Strukturfonds an EU-Fördermitteln erhalten als die wirtschaftlich entwickelteren; mittlerweile sind diese Strukturfonds mit rd. 60 Mrd. € der größte Anteil des jährlichen EU-Budgets!

Aus meiner Erfahrung weiß ich – und das wurde auch durch Studien belegt – dass dieser Aufholprozess nur sehr langsam voranschreitet, dieser von vielen weiteren Faktoren abhängt und die EU-Mittel selbst (diese müssen immer mit nationalen Mitteln gekoppelt werden) nur einen kleinen Teil ausmachen; dies funktioniert noch am besten bei der Schaffung/Mitfinanzierung von grundlegenden Infrastrukturen, wie Autobahnen, Abwasser-Abfallbeseitigungsanlagen, Innovationszentren oder auch im Sozialbereich für die Weiterbildung (Europäischer Sozialfonds) oder auch für die sog. „territoriale Zusammenarbeit“, das ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Projektträgern über nationale Grenzen hinaus. Letztere haben seit den 1990iger Jahren über die Förderschiene Interreg sehr von den EU-Mitteln profitieren können.

In Summe ist die „EU-Kohäsionspolitik“ in ihrer Wirkung auch das bedeutendste Instrument für eine gelebte Solidarität; denn die reicheren Staaten, allen voran Deutschland, zahlen deutlich mehr in das EU-Budget ein, als diese für ihre allenfalls ärmeren Regionen zurückbekommen.

Kärnten ist übrigens auch ein „Nettoempfänger“ von EU-Geldern in der Höhe von rd. 70 Mio. € jährlich.